

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

92. Jahrgang.

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Preis vierteljährlich hier mit Trägerlohn M. 2.10, im Bezirks- und 10-Km-Verkehr M. 2.10, im übrigen Württemberg M. 2.20 Monats-Abonnement nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr für die einspalt. Zeile aus gewöhnl. Schrift oder deren Raum bei einmal. Einrückung 12 Pfg. bei mehrmaliger entsprechend Rabatt.

Verlagsdruckerei 24 Postfach 1113 Stuttgart.

N. 283

Montag, den 2. Dezember

1918.

Die Einigung des württembergischen Liberalismus.

Der „Beobachter“ schreibt: Die Nationalliberalen Württembergs waren an den Schiedsweg gestellt. Ihre Entscheidung mußte nicht bloß einer politischen Gewissenserprobung, sondern zu dem Ausgangspunkt einer wichtigen Entwicklung des Liberalismus werden. War er echt, so muß er demokratisch und republikanisch werden. Es scheint, daß dies der parteipolitischen Entwicklung in Württemberg werden soll. Nachdem wir gestern die Rundgebung des nationalliberalen Abgeordneten Baumann, der als verdienter Führer in die provisorische Regierung berufen worden ist, mitgeteilt haben, meldet ein Bericht über die große Versammlung der Volkspartei in Ulm vom 27. November, daß am gleichen Tag wie Herr Baumann auch der andere Führer der nationalliberalen Landtagsfraktion, Abgeordneter Wieland, sich gleich entschieden für die „Deutsche demokratische Partei“ ausgesprochen hat. Er hat sich zu einer demokratischen Mitarbeit, zunächst im Namen des großen Teils seiner politischen Freunde, öffentlich bereit erklärt, und will, wie Herr Baumann, die Konsequenz ziehen und in die in Berlin gebildete „Deutsche demokratische Partei“ eintreten. Er ist in allen Hauptpunkten mit dem Redner der Volkspartei einverstanden, der von diesen politischen wichtigen Erklärungen und dem Willen zur freieschließlichen Mitarbeit“ sofort Akt genommen hat. Da Herr Baumann der Sondergründung „Stresemann-Wiemer“ den Laufpaß gegeben hat, so bleibt nunmehr nur abzuwarten, auf welcher Seite sich die Mehrzahl der nationalliberalen Partei in einer offiziellen Rundgebung stellen wird. Treibt sie der demokratischen Partei in Berlin bei, so ist damit ein Schritt von erheblichen politischen Idealen und praktischer Art vollzogen, auf den die Volkspartei, die der demokratischen Partei bereits beigetreten ist, keine Einwirkung hat. Die Lenker der Aufmerksamkeit der politischen Kreise auf diese Entwicklung, die einer alten Hoffnung der württembergischen Demokratie entspricht und die wünschenswert ist, wenn sie von ehrlichen und freieschließlichen Geist getragen ist. Diese Voraussetzung zu prüfen, ist der engere Ausschuß unserer Partei einberufen worden.

Der „Schwäbische Merkur“ bemerkt u. a.: Im Dienste der Einigkeit des deutschen Bürgertums, der Vereinheitlichung des unheilvoll zersplitterten deutschen Parteiwesens, ist hier ein wichtiger Schritt geschehen. In einem Teil mit zukunftsicherer Zukunft, zu einem anderen mit zwiespältigen Gesinnungen werden die Mitglieder der nationalliberalen Partei den Abmarsch in das neue Parteilager antreten; viele werden den Entschluß zum Abgehen mit dem Schwung voller Hoffnungen fassen, manche ihn aber auch schwer oder gar nicht sich abringen können. Der Entschluß ist so gedacht, daß die Organisation der nationalliberalen Partei, als solche, als Zellglieder der neuen Partei sich anschließen, es wird dabei damit gerechnet, daß auf diese Weise es am besten möglich sein werde, was vom Geist und politischen Gedankengut der alten nationalliberalen Partei noch lebensfähig, hinübergerettet in die neue Partei und in die neue Zeit. Die Hauptfrage wird sein in welchem Geiste die Grundzüge gehandhabt werden, wie weit im besonderen der sorgsamsten Arbeitsteilung vom Alten in das Neue — nach der Seite der praktischen Gefährdung wie nach der des Stimmungsmäßigens, des Selbstigen — gepflegt wird. Auf diese letztere Seite darf an dieser Stelle wohl besonderer Nachdruck gelegt werden. Von einer Einheit des Bürgertums im ganzen gegenüber dem Ansturm der revolutionären Elemente zu reden, ist zur Zeit ein undankbares und unbelobtes Geschäft. Es soll auch gar nicht verkannt sein, daß die Grenzlinien seiner gemeinsamen Interessen sich unter dem Einfluß der neuen Entwicklung nach links verschoben haben und in mancher Beziehung die gemäßigten Sozialdemokratie mit einschließen, die fast in die Rolle einer Mittelpartei eingerückt ist und die in ihrem Kampfe gegen den lebensgefährlichen Radikalismus zu unterstützen auch für das Bürgertum ein Gebot der Stunde bildet. Trotzdem darf es als eine Aufgabe ruhig und voll ordnender Politik betrachtet werden, die Fäden nach rechts nicht gewaltsam abzubrechen zu lassen und sich nicht in die mechanische Auffassung zu verirren, als ob dort nur ein Feind stehen könne. Auf keinen Fall sind die Zeiten dazu angefallen, daß die Schichten des deutschen Bürger- und Bauernstums sich dem alten bösen Handwerk, der alten, bösen Leidenschaft zermürbenden und Kräfte verschwappenden inneren Haders hingeben dürften.

In der „Württembergischen Zeitung“ lesen wir:

Die Lage ist also so, daß in Württemberg beide Parteien, nationalliberale und Volkspartei, als Ganzes zu der neuen Partei überitreten. Ihre Organisationsarbeiten werden, aber natürlich ist es notwendig, das Nebeneinander aufzulösen, auch muß eine gemeinsame Parteioberleitung für Württemberg gebildet werden. Das wird nicht eben einfach sein, und es wird, trotz aller Uebereinstimmung in den wesentlichen Grundauffassungen, wohl nicht ganz glatt gehen, denn selbstverständlich wird aus dem besonderen Gedankenschauplatz beider Parteien das eine oder andere mit in die neue Partei hinübergenommen werden wollen. Das wird nur dann ohne Störungen möglich sein, wenn man in der neuen bürgerlichen Linken nicht dogmatisch, sondern frei verfährt, das heißt, wenn man den Anschauungen einen gewissen Spielraum läßt, sofern nur die Einheit in den wesentlichen Grundfragen gewahrt bleibt. Nur dann wird überhaupt eine bürgerliche Linke entstehen und dauern können. Wir hoffen, daß das, was jetzt angebahnt ist, dahin führen wird. Lange genug ist der deutsche Liberalismus ein Sammer gewesen.

Die Taktik Eisners.

Berlin, 28. Nov. Die Note, in der der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner den Abbruch der Beziehungen der provisorischen bayerischen Regierung mit dem Auswärtigen Amt verkündete, ist am 27. November zur Kenntnis der Welt bekannt gemacht worden. Eine Uebersetzung der Note durch den bayerischen Gesandten war bis dahin nicht erfolgt. Nach dem „Lokalanzeiger“ ist es nicht ausgeschlossen, daß die offizielle Uebersetzung auch weiterhin unterbleibt, da man entschlossen zu sein scheint, die Mitteilung des bayerischen Ministerpräsidenten nicht entgegen zu nehmen. Obwohl noch gestern Abend die Nachricht verbreitet wurde, daß Staatssekretär Dr. Solz trotz dem Vorstoß der bayerischen Regierung mit Rücksicht auf die internationalen Beziehungen im Amt bleiben werde, scheint es nun doch, daß der Rücktritt Solzs in kürzester Zeit, vielleicht heute schon, erfolgen wird. In diesem Fall beabsichtigt, wie die „Börsen-Zeitung“ verrät, die gesamte politische Abteilung des Auswärtigen Amtes ebenfalls zurückzutreten. Es scheint ferner nicht ausgeschlossen zu sein, daß die am Schluß der Reichskonferenz laut gewordenen Angriffe gegen Mitglieder der Reichsleitung sowie die nachdrücklichste Unterstützung dieser Angriffe durch den Münchener Arbeiter- und Soldatenrat eine Solidaritätserklärung auch einzelner sozialistischer Mitglieder mit dem Staatssekretär Solz zur Folge haben werden.

Das Vorgehen Eisners findet in der gesamten Presse einmütige Ablehnung und Zurückweisung. So schreibt der „Vorwärts“: Eisner hat damit einen Schritt getan, der der Reichsleitung ihre schwierige Lage gerade nicht erleichtert. Dr. Solz hat sich in bester Absicht in den Dienst der republikanischen Regierung gestellt, aber natürlich kann er nicht aus seiner Haut heraus und sieht die Dinge mit seinen Augen. Als der Konflikt mit Eisner entstand, hat Solz sofort seinen Rücktritt an, über den nach verhandelt wird. Warum von München aus der Bogen so überspannt wird, versteht man in Berlin nicht. Rücktritte glauben sogar schon, Bayern wolle das Beispiel der Ukraine nachahmen und sich für den Preis der Reichsregierung einen billigen Frieden erkauften. Dem steht die strikte Erklärung Eisners für die Erhaltung der Reichseinheit gegenüber. Wir glauben aber nicht, daß Eisner auf dem richtigen Wege ist, die Reichseinheit zu zerstören und bessere Friedensbedingungen für Deutschland zu erreichen. — Das „Berliner Tageblatt“ meint, Kurt Eisners Wirken nehme immer seltsamere Formen an. Das Deutsche Reich werde nicht lange mit so überstimmender Phantasie realisiert werden können. Schlimmer als alles, was es Auswärtige Amt heute noch tun oder unterlassen könne, ist doch das, was Eisner und die von ihm in der auswärtigen Politik unentschieden Vollzugsausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte tun. Was sie für ein, sei nichts weniger als die Unterwerfung der Reichsregierung unter den Willen eines Einzelstrebens, die die Untergrabung jeder Regierungsautorität und die Spaltung des Reichs zur Folge haben müßte. Kurt Eisner fühlt sich persönlich verletzt, weil das Auswärtige Amt die Verantwortlichkeit der bayerischen Gesandtschaftsaktionen mifbilligt habe. Eisner komme aus den Regionen der Poesie. Die Politik aber sei ein nüchternes Geschäft, und wenn sie noch eine Weile mit Einzigem zu weiter betreiben würde, wie Kurt Eisner, geföhlt auf die seinen Dichterspielen folgenden Vollzugsräte, sie betreibt, dann werde die Welt draußen

allein sehr froh sein. Aber das Reich werde nicht erlösen, sondern zu Grunde gehen.

Tagesneuigkeiten.

Die Annahme der Wahlverordnung.

Berlin, 30. Nov. WTB. (Velo. Tel.) Zur Annahme der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung durch den Rat der Volksbeauftragten schreibt der „Vorwärts“: Dieser für das Schicksal des deutschen Volkes tief bedeutsame Entschluß ist nach längerer Beratung und lebhafter Debatte gefaßt worden. Daß die Versammlung der A. und S. Räte dem Beschluß der Reichsleitung beitreten wird, kann nach den vorliegenden Berichten aus dem Lande, gar nicht bezweifelt werden. Die breite Masse des Volkes hat es richtig erfaßt, daß es sich hier um eine Lebensnotwendigkeit für das Reich handelt und daß jeder Versuch, den Termin auszuschieben, eine Krise heraufbeschwören würde, für deren Folgen niemand die Verantwortung übernehmen kann. Die Resolution hat dem Volke sein Recht gegeben und es wird daher auch heute gegen alle Fronten machen, die ihm in weicher Maske oder Bekleidung sie auch aufstreuen werden, dieses Recht wieder streitig machen wollen. Eine rastlose Aufklärungsarbeit muß einsetzen, um bei den kommenden Wahlen den Sieg der Demokratie und des Sozialismus zu sichern.

Im „Berliner Tageblatt“ heißt es: Dieser Beschluß wird auf das gesamte wirtschaftliche und politische Leben, das unter der gegenwärtigen Diktatur völlig lahm gelegt worden war, eine befreiende Wirkung ausüben. Die augenblicklichen Gewaltverhältnisse bekommen dadurch den Charakter eines selbstbegrenzten Provisoriums. Das Volk das aus allerlei Ursachen zu verfallen droht, wird wieder zu gemeinsamen politischen Handeln aufgehoben, um nach den Grundgesetzen der Demokratie in allen seinen Gliedern über sein Schicksal selbst zu entscheiden. Pflicht der Regierung wird es sein, dafür zu sorgen, daß jeder Fehler, von welcher Seite er auch kommen möge, im Wahlkampf ausgeschaltet werde. — Der „Berliner Lokalanzeiger“ sagt, mit Beschluß hat die provisorische Regierung ihr Versprechen eingelöst und bekundet, daß nicht die Diktatur sondern Recht und die Gerechtigkeit, Ruhe und Ordnung fortan ihr Handeln zu bestimmen hat. Durch die Nationalversammlung können nur die festen Fundamente gelegt werden für den Neubau der deutschen Republik, die nötig sind, um ein weites und sunniges Wohnhaus für das deutsche Volk tragen zu können. Wir dürfen die letzte Hoffnung hegen, daß auch die Tagung der A. und S. Räte am 10. Dez. diesem Beschluß die Zustimmung nicht versagen wird.

Der Rückzug der Armee.

Köln, 29. Novbr. Einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ aus Dillig's zufolge, haben Soldaten der dort durchmarschierten 16. Armee vom Rathaus, Post und Bahnhof die rote Fahne entzogen und vernichtet. In Schleibusch wurde der Soldatenrat verhaftet. Der Fiktionausbruch der unabhängigen Partei hat als Einspruch dagegen Arbeitsruhe für den oberen Kreis Solingen verkündet. Gelesen wurde, wie der Polizeibericht meldet, ein hochbedeckter Wagen mit Gepäckstücken und einer Feldkriegskasse mit 100 000 Mark entführt. Von dem Verbleib des geraubten Geldes hat man noch keine Spur.

Gegen den bayerischen Ministerpräsidenten.

Darmstadt, 29. November WTB. Das Vorgehen des bayerischen Ministerpräsidenten Eisner gegen die Reichsleitung hat das hessische Staatsministerium veranlaßt heute folgendes Telegramm an die Reichsregierung in Berlin und an das bayerische Staatsministerium München zu richten:

Das Staatsministerium der Republik Hessen protestiert gegen einen vom bayerischen Ministerpräsidenten und Minister des Innern für Bayern angeordneten Abbruch der Beziehungen zum Auswärtigen Amt in Berlin. Es sieht darin eine Gefahr für die Einheit des deutschen Reiches und befürchtet, daß dadurch der Separatismus gefördert werden könnte. Es erwartet vom Staatsministerium Bayerns, daß es seinen Ministerpräsidenten veranlaßt, den verhängnisvollen Schritt rückgängig zu machen. Denn die nationalen Interessen aller Deutschen erfordern dringend die klare Einheitslichkeit aller deutschen Stämme bei den Friedensverhandlungen aufrecht zu erhalten.

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland.

Berlin, 29. Nov. WTB. Dr. Ludo Harman hat gestern dem Staatssekretär Solz sein Beglaubigungsschreiben als Bevollmächtigter Vertreter der deutsch-österreichischen Republik überreicht. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland beschlossen. Der Staatssekretär betonte dabei, daß der Anschluß Deutsch-Oesterreichs, sich mit den Stammesgenossen im Reich dauernd zu vereinigen, bei dem Volke und in den leitenden Kreisen einen tiefen Eindruck hervorgerufen und freudige Begeisterung erweckt hätte. Das Auswärtige Amt hätte sich angelegt sein lassen, alle Anschlußbestrebungen zu fördern und betrachte es als seine wichtigste und ehrenvollste Aufgabe, an der Vereinigung und Verschmelzung beider Länder tätig mitzuwirken. Es wird sich auch angelegen sein lassen, für die Interessen Deutsch-Oesterreichs auf dem Friedenskongreß einzutreten.

Aus Böhmen.

Berlin, 29. November WTB. Die tschecho-slowakische Regierung hat den deutschen Behörden alle Telegraphenleitungen nach Wien gesperrt, während sie ihrerseits die über Deutschland führenden Leitungen zur Uebermittlung ihrer Nachrichten nach wie vor ausgiebig benutzte. Dies muß für die Dauer zu unerträglichen Zuständen führen. Der Rat der Volksbeauftragten wird sich in der heutigen Sitzung mit der Frage beschäftigen, wie der tschecho-slowakischen Regierung die Unzulässigkeit ihres Verfahrens durch Wiedervergeltung zum Bewußtsein gebracht werden kann.

Kurt Eisners Größenwahn.

München, 29. Nov. Nach Informationen aus dem bayerischen Ministerium ist der Abbruch der Beziehungen Bayerns zu dem Berliner Kasowitschen Amt nur der Vorläufer zu weiteren wichtigen Entscheidungen. Bayern wird auch die Frage des Sonderfriedens und die Frage eigener diplomatischer Vertretungen im Ausland in den Kreis der Möglichkeit ziehen.

Clemenceau verschenkt deutsches Gebiet.

München 29. Nov. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ veröffentlichen heute folgende Anfrage: „Der französische Ministerpräsident Clemenceau hat, wie wir aus zuverlässiger Quelle hören, dem neuen tschecho-slowakischen Staat die Aussicht auf territoriale Zuwächse auf Kosten Bayerns eröffnet. Es handelt sich dabei sowohl um niederbayerische wie oberpfälzische Gebiete. Wir richten an das bayerische Ministerium des Innern die Frage, was ihm von diesen Absichten bekannt ist, und wie es die daraus erwachende Gefahr abzuwenden gedenkt.“

Die bolschewistische Diktatur in Braunschweig.

Die sozialistischen Nachhader in Braunschweig gehören der Liebknecht-Gruppe an und terrorisieren das Bürgertum. Aus Zuschriften in den Braunschweiger Blättern ist ersichtlich, daß dort eine wahre Schreckensherrschaft Platz gegriffen hat, die sich in sorgförmigen Hausdurchsuchungen usw. geltend macht. In der Stadt sowohl wie im braunschweigischen Lande, ebenso in Blankenburg, macht man namentlich Jagd nach Lebensmitteln und beschlagnahmt in den Haushaltungen alles, was den Soldaten in die Hände kommt, darunter das sogenannte „Eingemachte“, das erst in den letzten Wochen auf Veranlassung der Landbesitzstelle hergestellt worden ist. In den Zuschriften wird betont, daß den bürgerlichen Ele-

menten der Aufenthalt in der Stadt Braunschweig verleidet werde und daß eine große Anzahl Familien zum Fortzug rufen. Bei Beginn der Revolution hatte der L. und S.-Rat die Spitzen der dortigen Behörden verhaftet; erst am Samstag sind der Polizeipräsident und der Polizeihauptmann aus der Haft entlassen worden. Gegen diese Diktatur ist nun im Braunschweiger Bürgertum ein Zusammenschluß aller politischen Parteien und wirtschaftlichen Vereinigungen erfolgt; der Zweck ist nicht die Verschmelzung politischer Programme, sondern die Organisierung eines einmütigen Protestes gegen die Bergewaltigungspolitik, wie sie von der bolschewistischen Regierung verfolgt wird.

Deutsche demokratische Partei.

Die Deutsche demokratische Partei hat wegen der schwierigen Verhältnisse, die eine ausreichende Verbindung mit den einzelnen Reichsteilen nicht gestatten, die Vorbereitungen für die Bildung eines großen, provisorischen Vorstandes noch nicht abschließen können. Zur Führung der laufenden Geschäfte ist ein vorläufiger Ausschuß gebildet worden. Er besteht aus: Fräulein Dr. Bernhardt, Berlin; Handelsminister Fischbeck, Berlin; Fräulein Elise Lüders, Berlin; Dr. Hjalmar Schlacht, Berlin-Zehlendorf; Christredakteur Nafschke, Berlin (Berliner Volkszeitung); Harman, Freilager von Ritzhagen, Berlin; Professor Alfred Weber, Heidelberg, z. St. Berlin.

Das Büro der Partei befindet sich: Berlin, W 82, Kurfürstenstraße 107, Telefon: Steinplatz 1278 u. 7680. Es steht unter der Leitung von Dr. Silberberg und Dr. Jäger, dem früheren Generalsekretär der Fortschrittlichen Volkspartei. Beratend tätig ist der frühere Generalsekretär der Nationalliberalen Partei Hermann Kalkoff.

Die Absicht Fochs in Deutschland einzumarschieren.

Berlin, 29. Nov. „Wie wir erfahren, lauten die Nachrichten von den Waffenstillstandsverhandlungen so ungünstig, daß man kaum mehr an der Absicht Fochs, in Deutschland einzumarschieren, zweifeln kann.“

Die Familienunterstützungen.

Berlin, 30. Nov. Draht. Die Familienunterstützungen an die Angehörigen der Kriegsteilnehmer sollen bis 31. Dezember gezahlt werden.

Was der Bolschewismus in Rußland ausgerichtet hat.

In dem Berliner Organ der unabhängigen Sozialdemokraten, der „Freiheit“, entwickelt der Reichstagsabgeordnete Edward Bernstein Gedanken über die Aufgaben der Revolution. Dabei kommt es nach Bernstein nur auf zwei Möglichkeiten an; entweder man treibt auch der Volkswirtschaft gegenüber rücksichtslos die Gewaltpolitik und läßt es darauf ankommen, ob ganze Industrien dabei lahm gelegt und ihre Arbeiter aufs Pflaster gefegt werden, oder man versucht systematisch und konsequent das Sozialfürsorgewesen schrittweise und organisch so zu entwickeln, daß Produktion und Handel so wenig als nur möglich Störung erleiden. Was bei einer Gewaltpolitik gegenüber der Volkswirtschaft herauskommt, hat man in Rußland gesehen. Was hat der Bolschewismus aber damit ausgerichtet? Tatsächlich haben die Bolschewisten den Kapitalismus nur außerstande gesetzt, die wirtschaftliche Funktion zu erfüllen, die ihm durch die sozialistische Kritik unserer großen Meister zuerkannt ist.

Nach dem russischen Blatt „Finanz i Narodnoje Schojastwo“ weisen die Staatseinnahmen der Sowjetregierung im ersten Halbjahr 1918 gegen das entsprechende Halbjahr 1917 geradezu verheerende Rückgänge auf.

Edward Bernstein bemerkt weiter dazu: „Wenn nicht eine große Ermäßigung der Steuerlast stattgefunden hat, was ich im Augenblick nicht feststellen kann, aber auch im höchsten Grade unwahrscheinlich ist, so zeigen die Rückgänge ein Stöcken der Volkswirtschaft an, das in der modernen Geschichte seinesgleichen nicht hat. Rückgang der Industrieabgabe — bei gleichzeitigem gewaltigen Fall der Kaufkraft des Rubels! — von 314 auf 90 Millionen Rubel, das heißt Stillstand unzähliger Fabriken. Arbeitslosigkeit in einem Grade, wie man sie vorher nie gekannt hat.“

Professor Delbrück zu den Münchener Alten.

Professor Hans Delbrück richtet eine Zuschrift an den „Vorwärts“, die sich mit den Münchener Veröffentlichungen beschäftigt. Er sieht aus, daß der Veronesifeldsche Bericht sachlich so gut wie nichts Neues enthalte und schließt seinen Aufsatz mit folgenden Worten:

Der ungeheure Irrtum der deutschen Regierung war, daß sie glaubte, Rußland werde sich die Demütigung Serbiens gefallen lassen, und der ungeheure Irrtum des deutschen Generalstabs war, daß er glaubte, die deutsche Armee werde in der Woche mit Frankreich fertig sein. Man mag über die Irrtümer urteilen, so streng und so hart wie man will, auf keinen Fall aber haben sie etwas zu tun mit der Beschuldigung, die deutsche Regierung habe den Krieg betrieblen und angezettelt. Der Weltkrieg ist ausgegangen von dem panlawistisch-autokratischen Rußland, und wenn Deutschland Oesterreich zu energischem Vorgehen vorwärts getrieben hat, so tat es dies in der Hoffnung, den Weltkrieg dadurch nicht zu entzünden, sondern zu vermeiden. Das konnte man schon aus den bisherigen Veröffentlichungen erkennen, und das wird durch die Veröffentlichungen des Grafen Veronesifeld lediglich bestätigt.

Der schriftliche Thronverzicht des Kaisers.

Berlin, 29. Nov. Wolffs Tel.-Büro veröffentlicht die gestern in Amerika gezeichnete Urkunde worin der Kaiser auf den Thron verzichtet, alle Beamte und Offiziere des Reichs entbindet und von ihnen erwartet, daß sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reiches den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das deutsche Volk gegen die drohende Gefahr der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.

Die Wahlordnung zur Nationalversammlung.

Berlin, 30. Nov. Die Wahlordnung zur konstituierenden Nationalversammlung bestimmt, daß auch Personen des Soldatenstandes berechtigt sind, an der Wahl teilzunehmen. Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist: 1. Wer einmündig ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht. 2. Wer kraft rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt. Armenunterstützung und Konkurs sind nicht mehr Gründe für den Verlust des Wahlrechts. Voraussetzung der Berechtigung zur Wahl ist einjährige Reichsangehörigkeit. Auf durchschnittlich 150 000 Einwohner, berechnet nach der Volkszählung vom 1. Dez. 1910, entfällt ein Abgeordneter. Der Termin, bis zu dem die Wahllisten aufzulegen sind, ist noch nicht festgesetzt. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 100 Wahlberechtigten des Wahlkreises unterzeichnet sein. Sie dürfen nicht mehr Namen tragen, als Abgeordnete im Kreise zu

Der Traum in Feindesland.

Roman von Justus Schoenthal.

57

(Nachdruck verboten.)

Der Hauptmann nicht bedrückt. Aber er sah, daß das Gewand ins Lichte geriet. Er machte einzuatmen suchen.

„Nehmen Sie es mir nicht übel; aber diese zahlreichen persönlichen Einzelheiten kann ich mir doch kaum merken. Ich glaube Ihnen, Ritter Atterley! So wie Sie spricht kein Lügner! Sie mögen manches von Ihrem Standpunkt aus besonders scharf ausdrücken, — aber ich bin überzeugt, daß Sie die Wahrheit sagen, und es war mir ganz allgemein, wie ich Ihnen offen berichten will, von bleibendem Werte, einmal einen kleinen Blick hinter die Kulissen der berühmten lebenden Gegenwart zu tun. Wie viele andere Dinge hat eben auch die Presse ihre Schattenseiten... Und was die Advokaten anlangt, — von denen habe ich nie sonderlich hoch gedacht.“

Atterley ließ sich durch die ruhigen Worte ablenken. „Da haben Sie übrigens das Geheimnis, weshalb die französische Republik auf keinen grünen Zweig kommt! Wissen Sie, weshalb? Weil Advokaten und Journalisten, die beiden größten irdischen Spiegelbilder, das Bestreben!“

Langford lachte weiter. „Und was sind eigentlich Ihre Pläne für die Zukunft, wenn ich fragen darf?“

Der Dichter setzte wieder seine Schaufeltermine auf. „Ich sagte Ihnen doch: ich bin es satt, meinen Lehnam weiter quateren zu führen. Ich bringe ihn in die Begräbnisstätte. Ich will mich beerdigen lassen. Man hat das in London von 1915 sehr begehrt: man beachtet sich bloß von Lord Derby amwerden zu lassen!“

Der Dichter fuhr aus seiner nachlässigen Haltung hoch. „Sie wollen — aber ich bitte Sie, bedenken Sie doch einen solchen Schritt macht Sie sind doch verheiratet, haben Familie!“

„Da erzählte Atterley seine ganze Lebensgeschichte. Er verschwieg nichts und beklagte nichts. Gräßlich lautete der Donnergang.“

„Nun, legen Sie selbst“, schloß Atterley, „ist da mein Antlitz nicht das allerbeste? Bin ich nicht allen zur Last, allen Feind? Wird irgend jemand mich vermissen?“

Langford rückte den Kopf in die Hand und lachte nach. „Vergessen hatte er für eine kurze Spanne die eigenen Sorgen, vergessen den Zweck, der ihn hergeführt: Hier war ein Mensch am Abgrund der Verzweiflung, dem mußte er helfen.“

„Wissen Sie, Herr Atterley, was Ihnen fehlt? Ein gelichtetes Auskommen, in dem Sie nichts mit Zeitungsvorgern und Journalisten zu tun hätten.“

Der junge Dichter schaute auf. „Das Leben kostete wieder. Und... würde ich da wenigstens zwölf Pfund im Monat bekommen?“

„Wahrlich! Ich fange ein paar Pfund mehr, bei sechs-rändiger Kavalierszeit!“ Atterley jubelte.

„Das... das wäre ja großartig! Nicht mehr Journalist im Inn, der anhängige Kopf unter den Spitzbüchsen! Und dabei die herrliche Arbeit und die bessere Bezahlung! Das wäre der Anfang zu neuem Aufblühen!“

„Problemen Sie nicht zu früh!“, misbrachte Langford. „Geben Sie zunächst den Kopf an Lord Constable“

nicht ab! Stellen Sie ihn lieber vor die vollendete Aufgabe, wenn Sie angeheilt sind! Wozu den alten Herrn kränken?“

„Ach, ich wäre ja froh, so seelenfroh, Sie abzuholen, wie eselhaft und widerwärtig einem das Leben durch solches Gefindel werden kann. Aber das... das gäbe neue Hoffnung. Man könnte endlich einmal wieder aufatmen... Sagen Sie, werden Sie mir mit einer Empfehlung dienen können?“

„Ich fürchte, daß dies nicht genügend Durchschlagskraft besitzen wird. Ich werde Ihnen lieber — — er zog eine Befehlskarte aus seiner Brusttasche und warf einige Sellen darauf — — „eine Empfehlung an meinen Vorgesetzten, Colonel Viscount Brand, geben. Er wird Ihnen gewiß gern mit einer weiteren Empfehlung an die Kommandobehörde dienen, und dann dürfte Ihnen die Anstellung allerdings so ziemlich sicher sein.“

Atterley lachte in überschwämmer Dankbarkeit mit beiden Händen nach Langfords Reden.

„Sie sind mein Lebensretter, Kapitän! Ich weiß gar nicht, wie ich Ihnen danken soll. Ich könnte für Sie in die Hölle springen. Wenn Sie jemals einen Penken brauchen, her für Sie einen gefährlichen Dienst tun soll, dann denken Sie meiner! Ich möchte um meinwillen, ich hätte recht bald die Gelegenheit, Ihnen irgendwie nützlich zu sein.“

Da fanden der junge Offiziers Gedanken den Weg zu ihres Kreises Mittelpunkt.

„Sie können mir vielleicht helfen, als Sie und ich abholen. Wenn Sie mir einen Dienst erweisen wollen, so achten Sie auf die Durchsicht der holländischen Post darauf, ob Angriffe auf mich darin enthalten sind. Wissen Sie, fuhr er unbedungen fort, als er des anderen Bekümmern bemerkte, durch meine Anweisung des „Telegraph-Sozial-erklärtes habe ich mir wohl Feinde gemacht. Ich bringe beinahe: es ist jetzt schon eine Verschwendung wider mich im Gange.“

„Gestaltung folgt“



wählen sind. Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden. Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend bis zu einem bestimmten Termin beim Wahlvorsteher angemeldet werden. Eine solche Verbindung kann nur gemeinsam zurückgenommen werden. Zur Prüfung der Wahlvorschläge und der Verbindung der Liste wird in jedem Wahlkreis ein Wahlausschuß aus einem Vorsitzenden und vier Beisitzern gebildet, der mit Stimmenmehrheit entscheidet.

Berlin, 30. Nov. Das Wahlrecht ist durch Verordnung vom 12. November ausgedehnt worden: a) auf die Frauen, b) auf die 20 bis 25jahrigen, c) auf die Soldaten. Während bei den Reichstagswahlen von 1912 14,4 Millionen wahlberechtigt waren und von diesen sich 12,3 Millionen, gleich 85 Prozent, an den Wahlen beteiligen konnten, werden infolge der Ausdehnung des Wahlrechts bei den Wahlen zur Verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung schätzungsweise 39 bis 40 Millionen, darunter etwa 21 Millionen Frauen, wahlberechtigt sein. Zweifelsfrei erscheint es, ob unsere Kriegesgefangenen (ca. 500.000 Mann) in die Lage versetzt werden können, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Mit dieser Berechnung wird eine kürzlich durch Battler gegangene, auf statistischer Voraussetzung fuhrende Auffassung, die nur etwa 35 Millionen Wahlberechtigte angab, widerlegt.

In Preußen bilden die kleineren Provinzen, die großen Regierungsbezirke und Berlin je einen Wahlkreis. Die Regierungsbezirke sind zum Teil auch mit nichtregimentarem Gebiet zusammengesetzt worden. Sagen gefällt in vier, Sachsen in drei, Würtemberg in zwei Wahlkreise. Hessen und Elsaß-Lothringen, sowie Baden bilden je einen Wahlkreis. Die kleineren Bundesstaaten sind zu Wahlkreisen vereinigt worden. Bezüglich der Wählerlisten folgt das Gesetz im allgemeinen dem Reichstagswahlrecht, weil es notwendig erscheint, die Grundlagen für die Ausbildung des Wahlrechts so übereinstimmend wie irgend möglich zu gestalten. Hierbei sind besondere Bestimmungen getroffen oder vorgeschrieben, die den gegenwärtigen Verhältnissen in der Bevölkerung Rechnung tragen und besondere Erleichterungen für die heimkehrenden Feldzugsteilnehmer schaffen sollen. In der Anwendung der Verhaltismat schließt sich die Berechnung dem Reichsgesetz vom 24. Aug. 1918 an, das feinstufig von der ubermatigen Mehrheit des Reichstags angenommen worden ist.

König Wilhelms Abschied.

Stuttgart, 30. November. König Wilhelm erlast folgende Abschieds-Kundgebung:

An das Würtemberg er Volk!

Wie ich schon erklärt, soll meine Person niemals ein Hindernis sein für die freie Entwicklung der Verhältnisse des Landes und dessen Wohlergehen.

Geleitet von diesem Gedanken, lege ich mit dem heutigen Tage die Krone nieder.

Allen, die mir in 27 Jahren treu gedient, oder mit sonst gutem Erfolge haben, vor allem auch meinen heldenmatigen Truppen, die durch 4 Jahre schweren Kampfs mit größtem Opfermut den Feind vom Vaterlande fern gehalten haben, danke ich aus herzlichem Sinn und erst mit meinem letzten Atemzuge wird meine Liebe zur teuren Heimat und ihrem Volke erlöschen.

Ich spreche hiedel zugleich im Namen meiner Gemahlin, die nur schweren Herzens ihre Arbeit zum Wohle der Armen und Kranken im vaherigen Umfang niederlegt.

Gott segne, behüte und schütze unser geliebtes Würtemberg in alle Zukunft.

Dies mein Schiedsgru.

Heidenheim, den 30. Nov. 1918. Wilhelm.

Stuttgart, 30. November. Zur Abdankung des Königs stellte Minister Baumann in einer Versammlung der nationalliberalen Partei mit, die Regierung habe die Absicht, den Abgang des Königs würdig zu gestalten. Es sei erhebend, wie auch in der provisorischen Regierung alle Mitglieder übrig eins seien in der Hochschätzung der Person des Königs und seiner Regierung. Ob sich der Thronfolger dem Verzicht anschließen werde, stehe noch nicht fest; bis jetzt scheine er nicht die Absicht zu haben, wohl aus psychologischen Gründen. An den tatsächlichen Verhältnissen werde das ja nichts ändern. An eine Wiederherstellung der Monarchie sei nach den Verhältnissen im Reich nicht zu denken, auch nicht in Würtemberg, schon weil das nicht ohne Bürgerkrieg möglich wäre.

Stuttgart, 30. Nov. König Wilhelm hat aus Anlaß seines heute ausgesprochenen Thronverichts den Namen und Titel eines Herzogs zu Würtemberg angenommen.

Stuttgart, 30. Nov. Die provisorische Regierung erlast aus Anlaß des Thronverichts des Königs folgende Erklärung:

Die provisorische Regierung nimmt den Thronverzicht des Königs entgegen. Eine Thronfolge im Sinne des § 7 der würtembergischen Verfassungs-Urkunde ist nach den durch die Umwandlung vom 9. November geschaffenen Verhältnissen ausgeschlossen. Die provisorische Regierung dankt im Namen des Volkes dem König, daß er in allen letzten Handlungen von der Liebe zur Heimat und zum Volke getragen war und daß er durch einen freiwilligen Verzicht dazu beigetragen hat, die Bahn für die freistand-

liche Entwicklung zu ebnen. Das milde Volk vergißt nicht, daß der König mit seiner Gemahlin in Werken der Nachstliebe stets edel und hilfsreich gehandelt hat. Stuttgart, 30. Nov. 1918. Die provisorische Regierung: Bloos, Baumann, Erbsen, Fischer, Hermann, Kiene, Liebsching, Lindemann.

Aus Stadt und Bezirk.

Magold, 2. Dezember 1918.

Kriegsverstarke.

Die wurt. Bezirksliste Nr. 724 verzeichnet:

- Abt. Jgnaz, 31. 7. Oberaltheim, 1. verm.
- Beckh, Friedrich, 18. 2. Sulz, infolge Verwundung gestorben.
- Beigle, Wilhelm, Sergt., 8. 2. Würzburg, gefallen.
- Blättler, Paul, 29. 10. Reiningen, sch. verm.
- Bratt, Wilhelm, Wirt, 22. 11. Magold, in Gefang.
- Haller, Johannes, 21. 10. Würzburg, infolge Verw. gestorben.
- Koch, Mathias, 25. 6. Unterjettingen, sch. verm.
- Koch, Jakob, Sergt., 9. 11. Oberjettingen, gefallen.
- Schuchler, Martin, 5. 10. Sulz, infolge Krankheit gestorben.
- Sieck, Martin, Sergt., 9. 2. Speidberg, sch. verm.
- Wachenhut, Jakob, 5. 2. Egenhausen, sch. verm.
- Wellsinger, Karl, 27. 11. Enghartler, verm.

Von der Post. Die würtembergischen Postkassen-Dienststunden werden mit Rucksit auf die veränderte Festsetzung der Arbeitszeit für die Bureaus sowie die Ladengeschäfte bei dem Postamt Magold auf 8-11 Uhr VM. und 1-5 Uhr NM. festgesetzt.

Die neugegründete Ortsgruppe Magold der deutschen demokratischen Partei hielt am Freitagabend in der „Kofe“ ihre erste Mitglieder-Versammlung ab. Sie besate sich im wesentlichen mit der Vornahme der Wahlen für die Leitung der Partei. Zum ersten Vorsitzenden wurde Professor Bauer, zum zweiten Vize-Vorsitzenden Herr S. H. e. p. gewählt. Die Bestellung des Gesamtvorsitzenden geschah in nur vorläufiger Weise; eine nach Rückkehr unseres Feldgrauen abzuhaltende weitere Mitglieder-Versammlung soll erst über dessen endgültige Zusammenfassung bestimmen. Der Vorsitzende konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß sich schon eine recht stattliche Anzahl von Männern und Frauen aus allen Bevölkerungskreisen in der neuen Organisation zusammengefunden hat. Möge die ganze Entwicklung der Partei diesem verheungsvollen Anfang entsprechen.

Zusammenstoß mit der Eisenbahn. Ein Militartransport, beladen mit Lebensmitteln, fuhr vorgestern von Stuttgart nach Freudenstadt. Auf der Rohrdorfer Chaussee lief er, da es unbedeutend fuhr, auf die Geleise der Kleinbahn Magold-Altenriet. Unmittelbar darauf kam der Nachzug, und es kam zu einem Zusammenstoß, bei dem das Auto zusammengebracht und drei Militärpersonen verletzt wurden. Der Zug fuhr mit Verspätung die Fahrt fort.

Jugend von heute. Einem von Ludwigsburg nach Oppenau hier durchfahrenden Militartransport entwendeten einige Schulknaben von hier während der Fahrt durch Einbruch mehrere Militarbekleidungsstucke. Ein Uebelthäter wurde abgefaßt und auf der hiesigen Ortskommendantur verhört. In kürzester Zeit waren die gestohlenen Stücke, wie Stiefel, Bekleidung usw. wieder zur Stelle.

Zurückführung von Schulverhältnissen auf den Friedenszustand. Wie wir oben, ist von den Oberschulratzen nachstehend Bericht ausgegeben: Die Rückkehr der Lehrerschaft aus dem hier 14 dem Schuldienst macht es möglich, die aherigen Schulverhältnisse wieder in den Zustand zurückzuführen, wie er entsprechend den Forderungen des Gesetzes vor dem Krieg bestand. Ausnahmestimmungen, die durch die außerordentlichen Verhältnisse der Kriegszeit veranlaßt waren, sind dadurch hinfällig geworden. Damit ist auch bezüglich des Unterrichtsunterrichts und dessen Bezahlung der Zustand vor dem Krieg wieder in Kraft gesetzt, den übrigens bisher schon wohl die meisten Gemeinden wieder hergestellt hatten.

Wo sind unsere Schwaben? Von der 7. (wurt.) Landwehr-Division erfahren wir weiter, daß sie in den nächsten Tagen von Orlowa in Gegend Plesch abbestimmt wird, um für einige Wochen im Bahnzug verwendet zu werden. Dann erfolgt Abbestorderung nach der Heimat. Kleinere Teile der Division befinden sich bei der H. Gr. Mackensen. Ueber ihren Verbleib ist zurzeit nichts bekannt. Das Landsturm-Infanterie-Regiment 13 ist zurzeit in Würzburg. Die Helmbekleidung wird voraussichtlich nicht vor Januar erfolgen können. Die Stimmung der Truppen kann als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Die Verkleinerung von Feldbatterien eingeleitet. Die wurt. Heeresleitung hat den Heeresbatterieregimenten mitgeteilt, daß eine Verkleinerung der bereits hergestellten Feldbatterien erfolgt, da die vorhandenen Vorräte an 6-prozentigem Heeresbatterien voraussichtlich nicht mehr abgenommen werden. Die Batterien müssen dieses Jahr zu Kriegsbatterien mit 2,2% Gehalt umgekleidet werden. Bessere Bestände, bei denen das nicht mehr möglich ist, dürfen als Volkbatterien abgeben werden (an Exzessive, Arbeiter); dagegen muß jede übliche Abkündigung des Ausschusses von Batterien unterbleiben. An eine Erhöhung des Konfigurations ist vorläufig nicht zu denken.

Aus dem übrigen Würtemberg.

Herrenberg. Am Mittwoch Mittag zog unter allgemeinem Spiel des Dragoner-Regiment Nr. 25 hier ein und bezog Quartier. Am Abend fand ein von der Regimentskapelle veranstaltetes Konzert statt. Gestern Vormittag konzertierte die Kapelle auf dem Marktplatz und nachmittags fand in der St. Michaelskirche ein Konzert statt.

Freudenstadt. In der letzten Sitzung des Arbeiter-Rats wurde im Beisein von Oberamtmann Dr. Frauer über die Fortsetzung in den nächsten Wochen beraten. Der Oberamtmann erklärte, Würtemberg könne sich, was Brotgetreide anb. langt, 6-9 Monate lang aus eigenem Boden

ernähren, sei also auf drei Monate im Jahr auf die Einfuhr von Norden angewiesen. Der Bezirk Freudenstadt ist auf die Zufuhren angewiesen wie nicht gleich ein zweiter. Nur für 2-2 1/2 Monate würde ausreichen, was im Oberamt dem Boden abgetrieben wird. Wie bekannt, soll vom 1. Dezember ab im Deutschen Reich eine allgemeine Brotrationserhohung von 40 g pro Tag und Kopf eintreten, also von bisher 220 g auf 260 g Tageskopfmenge. Ob diese Erhöhung in diesem Augenblick ratsam sei, beweise er stark und er stelle den Antrag, es bei der alten Ration von 220 g zu belassen und die der Bevölkerung zustehenden 40 g Erhöhung als Reserve zurückzulegen für spätere Zeiten, denn es sei nicht ausgeschlossen, daß wir noch recht froh an dieser Reserve sein werden.

Von der Erz. Die Bemühungen der Edelmetallindustrie in Borsheim, Hanau und Gmünd, von Berlin Gold für die Fortführung der Goldwarenfabriken zu bekommen, scheinen endlich etwas Erfolg zu haben. Hier traf privater die Nachricht ein, daß die Reichsregierung wenigstens für Auslandswaren Gold übergeben wolle. Bezüglich Inlandgold und Silber sei noch keine Entscheidung getroffen.

Stuttgart, 30. Nov. Unsere würtembergischen Divisionen erreichten gestern folgende Marschziele: 26. Inf.-Div. nördl. Neubad, 26. Res.-Div. nördl. Barmen, 242. Inf.-Div. Montabaur, 27. Inf.-Div. nördl. Traben-Trarbach, 204. Inf.-Div. Euskirchen, 2. Landw.-Div. Laufen a. Neckar, 26. Landw.-Div. Donau-Brünnen.

Die Kohlenkalamitat.

In einer Besprechung mit Vertretern der Presse im Arbeitsministerium wurde in Ergänzung dieser Bereuerung mitgeteilt, es sei damit zu rechnen, daß auch auf länger als 3 Wochen die Kohlenlieferung nach Würtemberg unterbrochen sein wird. Infolgedessen ist eine rechtzeitige Streckung der Vorräte im Lande notwendig. Ein übriges Stilllegen der Betriebe würde tiefgreifende Folgen haben. Ueberall dort wo in Betrieben Kohlen gebraucht werden, muß die Arbeitszeit weitgehend eingeschränkt werden. Auf den Lohnausfall infolge der Arbeitszeitverkürzung haben die Vorschritten über Erwerbslosensicherung Anwendung. Diese werden in den nächsten Tagen veroffentlicht werden und eine besondere Regelung für den Fall einer teilweisen Erwerbslosigkeit enthalten. Durch die Einfuhrung eines Notbetriebsplans wird bei den Elektrizitätswerken eine weitere außerordentlich weitgehende Einschränkung des Kohlenverbrauchs erreicht werden. In Stuttgart wird jeden Tag ein anderes Viertel der Stadt aus dem Strom ausgeschaltet werden. Trotzdem kann höchstens eine Versorgung von 4-5 Wochen erreicht werden. Mit all diesen Maßnahmen muß man sich abfinden, in dem Bewusstsein, daß unter Umständen auch noch sehr viel weitgehende Einschränkungen bevorstehen werden.

Letzte Nachrichten.

Gefahr einer Rundigung des Waffenstillstands.

König, 30. Nov. Die „Kön. Volksz.“ meldet aus Berlin: Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß der Feind bei der Behandlung der Waffenstillstandsangelegenheit eine Haltung beobachtet, die mit gutem christlichem Willen unvereinbar ist. Das erhellt zum Beispiel daraus, daß er von uns die besten und nächsten Lokomotiven verlangt, und daß er der Reichsbank die Ausführung von Desinfektionsmitteln nach dem Ausland untersagen will, obwohl in Artikel 19 des Waffenstillstandsvertrages nur davon die Rede ist, daß Deutschland übliche Werte, welche als Pfänder für die Deckung der Kriegsschäden dienen können, nicht beschlagnahmen darf. Angesichts dieses Uebelwillens des Feindes muß allen Ernstes mit der Gefahr einer Rundigung des Waffenstillstands gerechnet werden.

Der frühere Kaiser erkrankt.

Berlin, 2. Dez. Drahb. Nach einer Havasdepesche aus Amsterdam ist Kaiser Wilhelm von einem Nervenleiden befallen worden und gedenkt sich in ein Sanatorium bei Arnheim zu begeben.

Erst nach den Volkswahlen Lebensmittel von Amerika.

Washington, 1. Dez. Drahb. 32 ehemalige deutsche Dampfer sollen zum Lebensmitteltransport für die Mittelmächte bestimmt werden. Nach den Erklärungen Lanfings im Senat sollen sie aber erst nach den Wählen zur Nationalversammlung abgefaßt werden.

Die in der Besprechung am 30. Nov. 1918, Stuttgart, 2. Dez. 1918, der 6. Würtemberg. Landesversammlung (Karl Keller) Magold.

Bestellt den „Gesellschafter“!

Amiliches.

Pferdeversicherung.

300 Pferde aller Arbeitklassen werden vom 2. bis 4. Dez. 18. Vormittags 9 Uhr in Ulm Kasernen zu den bekannten Bedingungen der Herrensverwaltung an den Meistbietenden versteigert. Händler sind ausgeschlossen. Kaufanleihe wird in Zahlung genommen. Versteigerungen in anderen Teilen des Landes finden später statt. Bekanntgabe hieruber folgt.
S. B. g. g. Frhr. v. Wächter
Major und Falls. Inspektor.

Pferdeversteigerung.

300 Pferde aller Arbeitsklassen

werden vom 2.—4. Dez. 18 Vormittags 9 Uhr in **Gaustatt** Dragonerkaserne zu den bekannten Bedingungen der Heeresverwaltung an den Meistbietenden versteigert. Händler sind ausgeschlossen. Krüppelkutsche wird in Zahlung genommen. Versteigerungen in anderen Teilen des Landes finden später statt. Bekanntgabe hierüber folgt.

S. E. gez. Febr. v. Wächter,
Major und stellv. Inspektor.

Oberamt Nagold.

Verl. Einrichtung von Waffen- und Heeresgut-Sammelstellen.

Durch Verfügung des Stelld. Generalkommandos vom 20. Novbr. ds. J. ist in Nagold für den Oberamtsbezirk eine **Sammelstelle für Heeresgut** (Waffen, Fahr-

zeuge, Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke, Munition usw.) eingerichtet worden.

Der Sammelstelle ist sämtliches von den Truppen verlorenes oder zurückgelassenes Heeresgut jeglicher Art zuzuführen. Die Sammlung und Zuführung wird in erster Linie, soweit dies möglich, von den durchziehenden Truppen selbst vorgenommen werden (durch Sammelkommandos usw.) Aufgefundenes Heeresgut ist der Sammelstelle oder an die Dienstbehörde abzuliefern. Die Dienstbehörden veranlassen die Weiterführung der abgelieferten Gegenstände an die Sammelstelle und, falls dies nicht sofort möglich, die vorläufige Unterbringung.

Die Sammelstelle ist in der Wanderarbeitsstelle in Nagold eingerichtet. Meldungen haben bei der Kriegsausschnittstelle im Bahnhof 3. Post zu erfolgen.

Auf die Bekanntmachung des Stelld. Generalkommandos vom 17. Nov. d. J. monach der Ankauf oder die Zurückhaltung von Heeresgut Bestrafung nach sich zieht, wird hingewiesen.

Nagold, 29. Nov. 1918. Reg.-Rat. Kommerell.

Viehählung am 4. Dezember 1918.

Zusolge Bekanntmachung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts vom 7. November 1918 findet am 4. Dezember ds. J. wieder eine Viehhählung statt, die sich auf Pferde, Esel, Maultiere, Maultiere, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Geflügel (Gänse, Enten, Hühner) und Kaninchen (Stallhasen) erstreckt.

Die Durchführung der Hählung liegt den Gemeindebehörden ob u. erfolgt in der bisherigen Weise.

Die Herren Ortsvorsteher werden daher auf die Verfügung des Ernährungsministeriums vom 28. ds. Mts. — S. anbezogen Nr. 280 — u. genau Einhaltung des Vorlagetermins für die abgeschlossene Ortliste noch besonders hingewiesen.

Die für die Hählung erforderlichen Vordrucke (Ziel- und Einlagebogen) werden, sobald sie hier eintreffen, den Gemeindebehörden mit der Post zugesandt werden.

Den 30. Nov. 1918. S. B. Oberamtmann Müllg.

An die Soldatenräte Württembergs.

Die Entente hat mit dem Wiederbeginn des Krieges gedroht, wenn die Ablieferung der Kriegsgefangenen nicht ordnungsmäßig erfolge.

Der et enmüthigen Entsehung der Kriegsgefangenen von den Arbeitsstätten und aus den Lagern muß daher mit allen Mitteln entgegengetreten werden.

Die Soldatenräte werden aufgefordert, die Bewachungs-kommandos unverzüglich darüber aufzuklären, daß sie durch Nachlässigkeit im Dienst ernste Gefahren für die Allgemeinheit herbeiführen. Gegebenenfalls muß mit strengen Strafen eingeschritten werden.

Den Gefangenen kann mitgeteilt werden, daß der ordnungsmäßige Abtransport nach dem Westen im Gang ist und voraussichtlich in wenigen Wochen durchgeführt werden kann. Bis dahin muß die Gebuld bewahrt und die Disziplin unweigerlich aufrecht erhalten werden.

Der Leiter des Kriegswesens
(reg.) Fischer.

Kameraden!

Freiheit bedeutet nicht Flügellosigkeit! Da wird dort ereignen sich Dinge angeblich im Namen und Auftrag des Soldatenrats, die unserer Sache schweren Schaden bereiten. Sorgt dafür, daß jeder, der tatsächlich im Auftrag des Soldatenrats etwas zu sagen hat, Ausweise bekommt. Entsezt und befestigt schreien alle, die angebliche Soldatenräte sind. Da und dort haben sich Elemente eingeschlichen, die mit unserer Bewegung nichts zu tun haben. Nicht hier reinen Tisch!

Von allen Kameraden muß aber auch verlangt werden, daß sie sich freiwillig den Anordnungen der gewählten Vorgesetzten fügen. Nur so kann die jetzt so dringend notwendige Ordnung aufrecht erhalten werden. Ungehörige Schwärzereien sind zur Abwählung der Demobilisierung zu überwinden. Nur wenn alle Hand ans Werk legen, wird es gelingen.

Kameraden! Beachtet Euch auch außerhalb der Kaserne als Männer. Auch als Wachmannschaft. — gleichwohl wo — müßt Ihr Euer Pflicht und Schuldigkeit tun. Duldet nicht, daß einzelne schlechte Beispiele verallgemeinert werden. Draußen geht es!

Einer für Alle — Alle für Einen!

Warum dahin nicht?

Landesaudschuß S.-R. Württemberg.

Eisenbahn-Paketadressen

vorzögl. bei S. W. Zeiser, Nagold.

Sie ein 1/2 Hühner, kleines Einflügel.



Rind
dem Verkauf aus.
Eutler Mayer,
Wiltberg.

Bei Kauf von Säuglingen, Eiern, Grundstücken u. Geschäften oder sonst. Antwerpen ist größte Vorsicht am Plage!

Hilft den Vorwunden!

Württ. Rote Kreuz-Geld-Lotterie

Ziehung 4. Dezbr. 1918.

52000

25000

10000

Los zu 3 Mark.

J. Schweickert

Stuttgart, Rathh. 1.

Peraprosche 1921.

Hier bei der Kaiserlichen Buchhdlg. Wilt. Weinlein, Louis Bölle, Wiltberg: Feil. Pfister.

Handwerkammer Neutlingen. Sparmetalle für Friedenszwecke.

Alle Handwerksbetriebe des Schwarzwaldkreises, die Kupfer, Zinn, Aluminium, Zink, Blei und Nickel oder deren Legierungen verarbeiten, werden ersucht ihre Firma zwecks Berücksichtigung bei der in Aussicht gestellten Metallgewinnung sofort bei der **Handwerkammer Neutlingen** unter genauer Angabe der herzustellenden Gegenstände anzumelden.

Nichtanmeldung schließt den Anspruch auf Zurechnung von Metallen aus.

Neutlingen, den 28. Nov. 1918.

Der Vorstand der Handwerkammer:
Vorstandender: R. Bollmer. Syndikus: R. Hermann.

Neutlingen, den 30. Nov. 1918.



Todes-Anzeige.

Schmerz erfüllt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht mit, daß unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester und Schwägerin

Frida Theurer

heute mittag 2 Uhr nach kurzem, aber schwerem Leiden im Alter von 22 Jahren unerwartet schnell verschieden ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen die Eltern: **Johann Georg Theurer** und **Helmut geb. Frank.**
Beerdigung Dienstag nachm. 2 Uhr.

Ein Metzgergeselle,

18 Jahre alt, sucht Stellung für sofort.

Wer, zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. St.

Nagold.

Wegen Entbehrlichkeit verkaufe sofort bis ig 2 zirka 9 bis 12jährige gute Zugpferde

Gut im schweren Zug. Tausch an Vieh nicht ausgeschlossen.
Burkhardt.

Feldhausen.

Eine mit dem 5. Korb 27 Wochen trüchtige gute

Zugkuh

steht dem Verkauf aus
Rosine Stengel.

Notfelden.

Einen 3 Jahre alten, starken, wuchsern

Zugochsen

verkauft am Mittwoch den 4. Dez. 1918
Fr. Jordan.

Ragold, den 30. Nov. 1918.

Trauer-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber Sohn und Bruder

Hermann Schittenhelm

Grenadier im Gren.Rgt. 119, 8. Komp. in den schweren Kämpfen bei Besles am 24. Oktober im Alter von 19 1/2 Jahren gefallen ist.

In tiefer Trauer:
Familie Gottl. Schittenhelm, Schumacher.

Wart, 1. Dez. 1918.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe treuebesorgte Mutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Katharine Großmann
geb. Herzer
alt Schultheiß Witwe

nach kurzem schwerem Leiden im Alter von 70 Jahren heute früh 5 Uhr sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten:
die trauernden Hinterbliebenen

Beerdigung Dienstag nachm. 2 Uhr.

Unterjettingen, 29. Nov. 1918.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben, treuebesorgten, ungergeflchten Pflanztochter und Nichte

Marie Börner

jagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.

Die Bleaestlern
Adlerwirt Brösamle mit Frau.

Wer würde für Soldaten Wäsche waschen?

Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten?